

Sloweniens Regierungskoalition vor ernstem „Stresstest“

Regierung gewinnt Vertrauensabstimmung

Die seit Monaten unter gewaltigem politischen Druck stehende slowenische Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsidentin Alenka Bratusek hat es im November noch einmal geschafft und eine Vertrauensabstimmung im Parlament zu ihren Gunsten entschieden. Für das mit den Sanierungsvorschlägen der Regierungskoalition verbundene Vertrauensvotum hatten schließlich 50 Abgeordnete gestimmt, dagegen 31. Die Regierungschefin bekam somit schließlich doch noch die notwendige Rückendeckung ihrer vier Koalitionspartner, die trotz anfänglicher Kritik -vor allem seitens der Rentnerpartei DeSUS- ihre Reihen vor der Abstimmung noch einmal schließen konnten.

Nachdem die Regierungschefin die Vertrauensfrage im Parlament erfolgreich mit den Abstimmungen über Änderungen zum Budget für 2014 sowie den Haushalt 2015 verknüpft hatte, zeigte sie sich optimistisch, dass das Land seine Probleme ohne internationale Hilfe werde bewältigen können. Allerdings entschlossen sich die Koalitionsparteien gleichzeitig auch dazu, ihre Zusammenarbeit in der Zukunft neu zu organisieren, schließlich stehen weitere wichtige Sanierungsschritte im Bankensektor sowie die Reform des Rentensystems und des Arbeitsmarktes noch bevor.¹

Zudem muss bezweifelt werden, dass die jetzt verabschiedeten Haushalte für 2014 (und 2015) mit ausgewiesenen Defiziten von nur noch 2,9% (bzw. 2,4%) des BIP tatsächlich Realität werden können, da die dafür notwendige Einführung einer neuen Grundsteuer nicht nur in den Oppositionsparteien, sondern auch bei der eigenen Klientel, darunter solchen Interessengruppen wie den Bauern, Gemeinden und Handelskammern, bisher auf resolute Ablehnung stößt. Von einer solchen „Grundsteuer“, die zur Hälfte zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt werden soll, erwartet sich die Regierung neben einer erstmals einheitlichen Besteuerung von Immobilienvermögen in Slowenien zudem Mehreinnahmen von rund 400 Millionen Euro. Diese wurden bereits in die Haushaltsplanung einbezogen.

Beobachter glauben, dass das Ergebnis der Vertrauensabstimmung der Regierung Bratusek erstmal wieder etwas Luft verschaffen wird. Allerdings ist die nächste Krise schon absehbar. Nicht nur die EU-Kommission zeigt sich überzeugt, dass das slowenische Haushaltsdefizit für 2014 eher doppelt so hoch ausfallen wird, wie von der Regierung angenommen, zumal in die Berechnungen bisher der Finanzbedarf für die sicher notwendige Rekapitalisierung der Staatsbanken, die auf etwa acht Mrd. Euro an faulen Krediten sitzen, überhaupt noch nicht berücksichtigt worden ist.² Die Regierung glaubt, mit zusätzlichen 1,2 Mrd. Euro auszu-

¹ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/euro-krise-slowenische-regierung-gewinnt-vertrauensfrage/9080324.html>

² <http://www.fr-online.de/schuldenkrise/alenka-bratusek-slowenien-haelt-die-troika-auf-abstand,1471908,25037890.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Dezember 2013

www.kas.de

kommen, die Opposition sowie eine bekannte Rating-Agentur rechnen dagegen mit bis zu 4,6 Mrd. Euro zusätzlichen Lasten. Selbst slowenische Ökonomen erwarten von dem im Dezember durchzuführenden Stresstest der Banken die Offenbarung eines erheblich höheren Mehrbedarfs an Finanzierungshilfen.

Der konservative Oppositionsführer Janez Jansa forderte die Regierung deshalb auf, die notwendigen Mittel beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu beantragen, weil auf diese Weise nur drei bis vier Prozent Zinsen, statt der auf dem internationalen Kapitalmarkt aktuell geforderten bis zu sieben Prozent, bezahlt werden müssten.³ Dies könnte bzw. würde allerdings den Einsatz der „Troika“ und damit eine Einschränkung der finanzpolitischen Souveränität der slowenischen Regierung nach sich ziehen. Die will die slowenische Regierungschefin -zumindest bis heute- jedoch nicht hinnehmen und weiter unabhängig über den Weg aus der Krise entscheiden.

Unruhe innerhalb der Regierungspartei (Positives Slowenien)

Als Parteiführerin der wichtigsten Regierungspartei Positives Slowenien (PS) droht ihr deshalb nicht nur seitens der Opposition, sondern auch aus den eigenen Reihen Ungemach. So versuchte ihr Vorgänger im Parteivorsitz, Zoran Jankovic, die Regierungschefin jüngst auf einem für den 19. Oktober anberaumten Parteitag der PS als Parteivorsitzende abzulösen. Zwar verschob der Parteivorstand nach Jankovics Vorstoß den anstehenden Parteitag, weil die Parteivorsitzende mit dem Rücktritt als Regierungschefin drohte, der weiterhin unter Korruptionsverdacht stehende Bürgermeister von Ljubljana gilt jedoch, wegen seines umfassenden Einflusses auf die entscheidenden Fraktionen der Regierungspartei, weiterhin als ernsthafter Herausforderer der amtierenden Regierungschefin.

Für die Anhänger Jankovics ist Bratusek eh nur eine Art „Übergangsvorsitzende“ der Partei, die von dem machtbewussten Jankovic nur angesichts seines Korruptionsverfahrens (vorübergehend) ins Amt komplimentiert worden war. In Ljubljana kursieren sogar Gerüchte, dass sich Jankovic durch einen Putsch, als kommendes Regierungsmitglied Immunität für etwaige Gerichtsprozesse verschaffen will. Ob ihm dies die anderen Koalitionspartner gestatten würden, steht allerdings dahin. Zwar soll die slowenische Wirtschaft auch im Jahre 2014 stärker (-0,8 Prozent) schrumpfen, als bisher angenommen, ob dies jedoch ausreichten wird um das Vertrauen in Bratusek nachhaltig zu erschüttern, bleibt abzuwarten. Sollte Bratusek den drohenden Einsatz der „Troika“ wegen dann versiegender internationaler Kreditfazilitäten jedoch nicht mehr verhindern können, würden die dann von der Troika zu erwartenden, harten Sparmaßnahmen ihr möglicherweise doch noch das Amt kosten.⁴

Gelähmte Opposition

Dieses Amt fiel dann womöglich doch noch an den weiterhin „starken Mann“ der slowenischen Opposition, Janez Jansa. Zwar wurde dieser inzwischen wegen einer im Rahmen eines Rüstungsgeschäftes angeblich von ihm empfangenen Provisionszahlung zugunsten seiner Partei SDS, erstinstanzlich zu 24 Monaten Haft und 37.000 Euro Strafe verurteilt, es steht jedoch weiterhin der Vorwurf im Raum, dass der konservative Politiker Opfer einer Intrige (vormals) kommunistischer Richter geworden sei. Seine Parteifreunde mutmaßen sogar, dass slowenische Sozialdemokraten gemeinsam mit finnischen Genossen eine Intrige gegen Jansa gestartet hätten und stilisieren Jansa als Opfer einer „postkommunistischen Restauration“ in Slowenien. Wie dem auch sei, Jansa bleibt bis zu dem Zeitpunkt, an dem er rechts-

³ <http://derstandard.at/1381372125765/Slowenien-Krisentest-fuer-naechste-Krise>

⁴ <http://nzz.ch/neue-zuercher-zeitung-vom-16-11-2013-seite-27>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Dezember 2013

www.kas.de

kräftig verurteilt ist, auf freiem Fuss. Er muss deshalb jedoch als politisch angeschlagen gelten. Kritiker des ehemaligen Regierungschefs sind dagegen der festen Überzeugung, dass Jansa -im Rahmen des größten Rüstungsgeschäfts in der modernen Geschichte Sloweniens (Patria)- als Premierminister doch in irgendeiner Weise involviert gewesen sein muss. Zwar konzedieren politische Beobachter, dass -rein rechtlich gesehen- offensichtlich wenig direkte Beweise gegen Jansa vorlägen, allerdings kann er bis die Herkunft von 210.000 Euro auf seinem Konto nicht erklären.⁵

Sloweniens Banken immer tiefer im Minus

Trotz alledem verknüpfen die meisten politischen Beobachter das Schicksal der slowenischen Mitte-Links Regierung unter Führung von Bratusek mit dem Schicksal des slowenischen Bankensektors. Dieser Sektor hat in den ersten neun Monaten 2013 einen Verlust nach Steuern von 567,3 Mio. Euro „erwirtschaftet“ und damit ein noch wesentlich schlechteres Ergebnis als in der gleichen Vorjahresperiode, in der nur ein Nettoverlust von 115,2 Mio. Euro „erwirtschaftet“ wurde. Während das Volumen der faulen Kredite im Bankensektor seit Jahresanfang noch einmal um 1,06 Mrd. Euro auf 7,96 Mrd. Euro zugenommen hat, mussten die Banken wiederum Rückstellungen und Wertberichtigungen im Gesamtvolumen von 880,6 Mio. Euro vornehmen. Dazu gingen auch noch die Einnahmen zurück: Das Nettozinseinkommen sank um 20 Prozent auf 564,8 Mio. Euro, die zinsunabhängigen Erlöse fielen um knapp 45 Prozent auf 282,2 Mio. Euro.⁶ Im bevorstehenden Stresstest der zehn wichtigsten slowenischen Kreditinstitute, die zusammen 80 Prozent der Bilanzsumme des gesamten Bankensektors ausmachen, soll nun der genaue Umfang fauler Kredite bestimmt werden, der bisher auf ca. 4 Mrd. Euro beziffert wurde.

EU-Vertreter fordern schon seit längerem härtere Sparmaßnahmen und mehr Anstrengungen bei der Haushaltskonsolidierung. Die bisherigen Sanierungsbemühungen gelten als unzureichend, weshalb manche Vertreter der Euro-Gruppe glauben, die Probleme des Finanzsektors könnten Slowenien zum nächsten Problemfall der Eurozone machen. Die EU-Kommission fordert von der slowenischen Regierung, die Neuverschuldung bis 2015 auf unter drei Prozent des BIP zu drücken. Dieses Jahr wird allerdings noch mit einem realen Haushaltsdefizit von 7,9 Prozent des BIP gerechnet. Ohne Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Reformen des Renten- und Sozialsystems, sowie Kürzungen im Bildungssystem und in der Gesundheitsversorgung kann nach Meinung der EU Kommission das Haushaltsdefizit nicht nachhaltig verringert werden. Die bisherigen Sanierungsversuche, wie etwa die Erhöhung des (reduzierten) Mehrwertsteuersatzes um 1% auf 9,5% sowie die Kürzung der Gehälter im Öffentlichen Dienst brachten ebenso wenig spürbare Erfolge, wie die Teilprivatisierung der Handelskette Mercator und andere Privatisierungsversuche, wie jene der zweitgrößten Bank Nova KBM, Telekom Slovenia und von Adria Airways. Ende November begann die Regierung mit rechtlichen Vorbereitungen zur Rekapitalisierung der Banken nach dem Stresstest. Die Regierung beabsichtigt jetzt, so der Finanzstaatssekretär Mateja Vraničar, die Rekapitalisierung mit Hilfe neuer Kredite bis zu einem Umfang von 1 Mrd. Euro zu stemmen.⁷ Sowohl der Vorsitzende der Opposition SLS, Franc Bogovič als auch der Abgeordnete der SDS Andrej Šircelj äußerten sich in der Parlamentsdebatte kritisch über den Umstand, dass dem Parlament die Kontrolle über die Finanzen des Staates auf diese Weise entzogen würde.⁸

⁵ <http://derstandard.at/1369362767225/Ex-Premier-Jansa-wegen-Korruption-verurteilt>

⁶ <http://derstandard.at/1381374089532/Sloweniens-Banken-immer-tiefer-im-Minus>

⁷ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/slowenien-parlament-gibt-kapitalspritze-fuer-banken-frei/9151456.html>

⁸ <http://www.sloveniatimes.com/changes-to-enable-rapid-bank-recapitalisation>

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Dezember 2013

www.kas.de

Die Sanierung der slowenischen Wirtschaft und Finanzen könnten also noch teurer und langwieriger werden, als bisher angenommen. Slowenien benötigt nach letzten Informationen offenbar bis zu fünf Milliarden Euro, um alleine die Staatsbanken, die faule Kredite in Höhe von acht Milliarden Euro, also fast einem Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung des Zwei-Millionen-Volkes, in ihren Büchern stehen haben sollen, zu sanieren.⁹ Trotz der Tatsache, dass auch noch 30 bis 50% aller Unternehmenskredite als notleidend gelten, ist das Rating Sloweniens bisher im «Investmentgrade»-Bereich verblieben. Die EBWE geht davon aus, dass Slowenien in jedem Fall neue Kredite im Ausland aufnehmen muss. Spätestens 2014 werde sich dann zeigen, ob das Land damit an den Kapitalmärkten Erfolg haben wird. Falls nicht, seien Hilfen aus dem Euro-Raum und/oder des Internationalen Währungsfonds (IWF) unausweichlich.

Sloweniens neuer Zentralbankgouverneur, Bostjan Jazbec, hat die Regierung deshalb ermuntert, das Land für (ausländische) Direktinvestitionen attraktiver zu machen. Hierzu seien neue steuerliche Anreize ebenso nötig, wie das Schaffen stabiler rechtlicher Rahmenbedingungen und der Abbau administrativer Hürden. Das Rating Sloweniens liegt bei den drei großen Agenturen jeweils noch im Investmentgrade-Bereich. Die Agentur Fitch hat diese Einstufung (BBB+ mit negativem Ausblick) Anfang November 2013 noch ein letztes Mal bestätigt. Die Staatsverschuldung in Slowenien liegt dieses Jahr -laut einer Anfang November veröffentlichten Prognose der EU-Kommission- bei 63,2 Prozent des BIP, verglichen mit 94,8 Prozent in Spanien. Während slowenische Bonds bei Standard & Poor's mit „A-“ und einem stabilen Ausblick bewertet werden, haben spanische Anleihen die Note „BBB-“ mit negativem Ausblick. Es herrscht also eine Menge Unsicherheit, was den slowenischen Bankensektor und was die Pläne der Regierung für eine Lösung dieser Probleme angeht und das hat offensichtlich zur schlechten Bewertung der slowenischen Staatsanleihen beigetragen.¹⁰

Rücktritte setzen Regierung unter Zugzwang.

In letzter Zeit haben sich aber auch die politischen Verhältnisse innerhalb der slowenischen Regierungskoalition verkompliziert. So trat jüngst mit dem Gesundheitsminister Toma Gantar bereits das zweite Kabinettsmitglied innerhalb einer Woche von seinem Amt zurück. Vor ihm hatte bereits der slowenische Wirtschaftsminister, Stanko Stepisnik sein Amt wegen des Vorwurfs der Vorteilgewährung zur Verfügung gestellt.¹¹

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die politischen Krise schließlich am Freitag, den 29. November 2013, mit dem gemeinsamen Rücktritt der gesamten, dreiköpfigen Führung der slowenischen Antikorruptionsbehörde. Der Vorsitzende der Kommission zur Prävention von Korruption (KPK), Goran Klemencic, und seine beiden Stellvertreter traten zurück, weil sich trotz ihrer wiederholten Mahnungen bei der Korruptionsbekämpfung in Slowenien nichts Wesentliches getan habe. Die Behördenleitung - neben Klemencic der frühere Redakteur der Tageszeitung "Dnevnik" Rok Praprotnik und die Strafrechtsexpertin Liljana Selinsek - will nun bis zur Bestellung einer neuen Führung, jedoch höchstens bis zum 1. März 2014, ihre Arbeit fortsetzen und noch einige, wenige offene Fälle abschließen. Klemencic beharrte gegenüber der Presse darauf, dass „die Politik“ bei der Reaktion auf systematische Korruption in Slowenien versagt habe. Die slowenische Politik habe sich als nicht fähig erwiesen, den

⁹ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fruehaufsteher/weitere-nachrichten-slowenische-banken-brauchen-fuenf-milliarden-euro-12695990.html>

¹⁰ <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/anleihekaeufer-slowenische-anleihen-sind-zu-billig/9103032-2.html>

¹¹ <http://www.sloveniatimes.com/economy-minister-stepisnik-resigns>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Dezember 2013

www.kas.de

Lobbys die politischen Zugänge zu verschließen. Seine Behörde sei gescheitert, weil die Politik kein Interesse an tief greifenden Veränderungen bei der Korruptionsbekämpfung habe. Bereits vor mehr als einem Jahr habe man das Parlament vergeblich zu Änderungen im Antikorruptionsgesetz aufgefordert, im Parlament habe sich jedoch eine stillschweigende Allianz gegen solche Gesetzesänderungen formiert.¹²

Bringt der Stresstest der Banken die Entscheidung?

Vor diesem Hintergrund warten nun alle in Ljubljana auf den Stresstest und die Beantwortung der Frage, wie viel Geld tatsächlich notwendig sein wird, um die angeschlagenen staatlichen Banken in Slowenien zu rekapitalisieren. Die Regierung hat jedenfalls vor dem mit Spannung erwarteten Ergebnis der Stresstests, die am 13. Dezember veröffentlicht werden sollen, am Freitagabend bereits 4,3 Mrd. Euro durch eine Änderung des Gesetzes über öffentliche Ausgaben für die betroffenen Kreditinstitute flüssig gemacht. Das Ergebnis der Stresstests wird zeigen, ob bzw. wieviel internationale Finanzhilfe Slowenien benötigen wird. Danach soll dann endlich eine „Bad Bank“ eingerichtet werden, um die faulen Kredite aufzunehmen.¹³ Bisher hat Slowenien eine Verlagerung von Problemkrediten von Banken wie Nova Ljubljanska Banka (NLB) in eine sogenannte Bad Bank verzögert und will dann erst die notleidenden Kredite gegen staatlich garantierte Anleihen tauschen, die als Sicherheit für Kredite bei der EZB verwendbar sein dürften.¹⁴

Politische Instabilität befürchtet

Die regierenden Parteien fürchten im Falle eines unerwartet hohen Rekapitalisierungsbedarfs jedoch heute schon ein Wiederaufflammen der Proteste der Bevölkerung. Ende 2012 und Anfang dieses Jahres war es wiederholt zu Demonstrationen gekommen, an denen sich Zehntausende slowenische Bürger beteiligt hatten. Die Wut der Demonstranten richtete sich schon damals gegen die Sparmaßnahmen der Regierung Jansa. Jetzt, da sich auch die neue Regierung Bratusek wohl gezwungen sehen wird, ebenfalls harte Sparmaßnahmen zu beschließen, könnte es wieder zu entsprechenden Demonstrationen des Unmuts der slowenischen Bürger kommen.

Aus den damaligen Protestgruppen hat sich inzwischen auch schon eine neue politische Partei mit dem Namen „Solidarität“ gegründet. Diese ist allerdings ebenso dem linken politischen Spektrum zuzuordnen und will sich gegen jegliche Sparmaßnahmen, welche (allein) die „kleinen Leute“ betreffen, wehren. Vor allem in den abgelegenen Regionen Sloweniens, in denen die Arbeitslosigkeit noch größer ist als in der Hauptstadt, wird dieser Partei erhebliches Mobilisierungspotential zugeschrieben.¹⁵ Sollten ernsthafte Unruhen ausbrechen und die Regierungskoalition nicht mehr zusammen zu halten sein, könnte es schon bald auch zu Neuwahlen kommen. Als Termin böten sich die Europawahlen im Mai 2014 sowie die, wenige Monate später im September anstehenden Lokalwahlen, an. Zumindest die slowenischen Oppositionsparteien bereiten sich bereits auf alle Eventualitäten vor.

Die drei slowenischen „EVP Mitgliedsparteien“: SDS, SLS und die NSi, die sich sicherlich nicht ohne Grund jüngst den Zusatz „Christliche Demokraten“ gegeben hat, bemühen sich weiter um eine Koordinierung ihrer parlamentarischen Oppositionsarbeit. Um die Regierungsparteien unter Druck zu setzen, könnten sie mit Blick auf die Europawahlen ein Wahlbündnis schließen und ev. eine gemeinsame Liste ins Rennen schicken. Ob es soweit kommt

¹² <http://derstandard.at/1385169347681/Fuehrung-von-Sloweniens-Antikorruptionsbehoerde-tritt-zurueck>

¹³ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/finanzbedarf-slowenische-banken-brauchen-fuenf-milliarden-euro/9171460.html>

¹⁴ <http://www.handelsblatt.com/finanzen/boerse-maerkte/anleihen/anleihekaeufer-slowenische-anleihen-sind-zu-billig/9103032-2.html>

¹⁵ <http://www.sloveniatimes.com/new-political-party-on-the-horizon>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

Dezember 2013

www.kas.de

steht aber dahin, da sich vor allem die SLS mit der andauernden Präsidentschaft von Janez Jansa in der SDS sehr schwer tut und wohl zu den Parteien zu rechnen ist, die einer Wiederkehr Jansas in die aktive Regierungspolitik ablehnend gegenübersteht. Die SLS betrachtet Jansa als politische „Belastung“ und wirft ihm vor, die Opposition als Geisel seines Machtstrebens zu missbrauchen. Zwar sieht man in der slowenischen Politik und Gesellschaft auch heute noch alte, kommunistische Seilschaften am Werk, man teile aber – angesichts der zahlreichen Verurteilungen von Tatverdächtigen im Falle Patria in den verschiedenen beteiligten Staaten, die Unschuldsumutung vieler Jansa Anhänger nicht.

Kann die Regierungskoalition überleben?

Ob Neuwahlen allerdings alle politischen Probleme Sloweniens lösen würden, wagen die Wenigsten zu hoffen. Aktuelle Umfragen zeigen keine großen Verschiebungen der Wählergunst zwischen den Parteien. Tendenziell verliert die Regierungspartei „Positives Slowenien“ zwar stetig an Unterstützung, dies komme jedoch nicht der Opposition, sondern dem sozialdemokratischen Koalitionspartner (SD) zugute. Dies veranlasste den Vorsitzenden der der Koalition angehörenden slowenischen Rentnerpartei, Karl Erjavec jüngst vom Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Sloweniens, Igor Lukšič ultimatativ zu verlangen, ins Koalitionskabinett einzutreten. Erjavec wolle es nicht weiter hinnehmen, dass die sozialdemokratische Partei zwar Mitglied der Regierungskoalition sei, deren Vorsitzender jedoch die Regierung andauernd von außen kritisiere und damit bei den Bürgern bzw. Wählern an Zustimmung gewänne. Es könne nicht sein, so Erjavec, dass Lukšič keine aktive Rolle im Kabinett übernehme, stattdessen aber andauernd öffentliche die Regierungsentscheidungen kritisiere.¹⁶

Lukšič hat dieses Ansinnen inzwischen zurückgewiesen und viele glauben, dass er es auf ein Auseinanderbrechen der Regierung ankommen lassen würde, da seine Partei die Stimmenverluste, welche seine Partei zu Gunsten der PS bei den letzten Wahlen hinnehmen musste, nach den jüngsten Umfragen, wieder nahezu vollständig aufgeholt hat. Dies würde ihm bzw. seiner Partei -im Falle einer Aufkündigung der aktuellen Regierungskoalition durch Erjavec Rentnerpartei- gute Chancen eröffnen, die dann wahrscheinlich unvermeidbaren Neuwahlen zu gewinnen bzw. mit einem erheblich besseren Endergebnis abzuschließen. Lukšič erscheint deshalb vielen als der wahrscheinlich nächste slowenische Ministerpräsident, allein der Zeitpunkt stehe dahin.

Einige sind weniger optimistisch und befürchten weiterhin ein Patt bzw. instabile politische Verhältnisse mit wechselnden Koalitionen vieler kleinerer Parteien. Sie halten deshalb eine Veränderung des slowenischen Wahlsystems für unerlässlich, um in Slowenien endlich stabile politische Verhältnisse zu ermöglichen. Manchen schwebt in diesem Zusammenhang eine Erhöhung der Sperrklausel von jetzt 4% auf 5% vor, wieder anderen ein vollständiger Wechsel vom jetzigen proportionalen zum Mehrheitswahlrecht. Da dies den kleineren slowenischen Parteien nicht zusagen dürfte, bleiben wohl auch solche Lösungsversuche vorläufig vergeblich.

¹⁶ <http://www.sloveniatimes.com/pensioners-want-government-shuffle-new-coalition-agreement>